

LR
BI
BII
AM
A16

**Zusammenstellung
der eingegangenen Anfragen für die
Fragestunde der Kreistagssitzung
am 09. Juni 2010
- TOP 13 -**

1. Anfrage von Herrn Tobias Kammler vom 31.05.2010:

Anfrage der NPD zu Schulgärten

Laut Thüringer Lehrplan ist die Unterrichtung des Faches Schulgarten an Grundschulen verbindlich. Jedoch scheinen meiner Auffassung nach nicht alle Schulgärten in optimalem Zustand zu sein. Um mir aber ein umfassendes Bild über die Schulgartenlandschaft im Kreis machen zu können, frage ich:

1. Verfügen zurzeit alle Schulstandorte über einen eigenen Schulgarten?
2. Wenn Nein, welche Schule nutzt den Schulgarten einer anderen Schule?
3. Sind derzeit alle Schulgärten für den Unterricht nutzbar?
4. Wenn Nein, wo und warum nicht?
5. Welche Schulgärten sind kleiner als 10 qm?
6. An welchen Schulgärten sollen in der nächsten Zeit Umgestaltungsmaßnahmen stattfinden bzw. wo sollen neue Schulgärten errichtet werden?

2. Anfrage von Herrn Tobias Kammler vom 31.05.2010:

Anfrage der NPD zu Schulküchen und -essen

Mit Verweis darauf, daß alle Grundschulen bereits über eine Küchenzeile verfügen würden und es schon Projektwochen sowie Back- und Kocharbeitsgruppen in den Schulen gäbe, argumentierte Schuldezernentin Döring gegen meinen Antrag zur Unterstützung des Projektes „Küchen für Deutschlands Schulen“. Außerdem werde auf eine gesunde Ernährung hingearbeitet. Diesen Aussagen möchte ich nachgehen und frage daher:

1. Welche Grundschulen sind nicht mit einer für die Schüler nutzbaren Küche ausgestattet?

2. Welche Regelschulen sind nicht mit einer für die Schüler nutzbaren Küche ausgestattet?
3. Welche Gymnasien sind nicht mit einer für die Schüler nutzbaren Küche ausgestattet?
4. Welche Ausstattung haben die vorhandenen Küchen jeweils?
5. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten für jene Küchen (nur Mobiliar)?
6. Welche Schulen haben sich für das Bundesprojekt beworben (laut Frau Döring würde die Verwaltung längst hierüber mit den Schulen in Kontakt stehen)?
7. Wie bewertet die Kreisverwaltung das Bundesprojekt und warum sieht sie eine aktive Unterstützung für die Schulen des Kreises als nicht erforderlich an?
8. Was unternimmt der Wartburgkreis konkret, um seiner Pflichtaufgabe der gesundheitlichen Betreuung durch präventive Bildungsmaßnahmen in Form von gesundem Schulessen nachzukommen?
9. Wie viele Schulen bzw. Schüler werden damit pro Jahr und Schultyp erreicht?
10. In welcher Form übt die Verwaltung Einfluß auf die für die Schulspeisung verantwortlichen Unternehmen zur Bereitstellung von gesundem Schulessen aus?

3. Anfrage von Herrn Tobias Kammler vom 31.05.2010:

Anfrage der NPD zum Wortentzug durch die Vorsitzende

Während der letzten Kreistagssitzung wurde mir von der Vorsitzenden ohne vorherigen Ordnungsruf das Wort entzogen. Angeblich hätte ich die Kreisräte zu einem Abstimmungsverhalten genötigt. Gem. § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung wäre ein vorheriger Ordnungsruf zwingend notwendig gewesen. Auch vergleichbare Fälle in anderen Gremien setzten mindestens einen Ordnungsruf voraus. Der Wortentzug verletzt das freie Rederecht eines Abgeordneten in einer parlamentarischen Demokratie im Höchstmaß. Er ist nur durch eine vorherige Ermahnung zu rechtfertigen.

Ich frage daher:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde mir das Wort ohne Ordnungsruf entzogen?
2. Gab es in der Vergangenheit jemals einen Wortentzug im Kreistag (ohne Überschreitung der Redezeit)?
3. Wenn ja, warum? Ging dem ein Ordnungsruf voraus?
4. Wie bewertet die Verwaltung den Wortentzug aufgrund einer angeblichen Nötigung?
5. Worauf wird diese angebliche Nötigung gem. § 240 StGB gestützt?

Ich bitte darum, die Tonbandaufnahmen der Sitzung vom 28.04.10 vorerst nicht zu löschen, da ich voraussichtlich eine Feststellungsklage beim VG Meiningen erheben werde.

4. Anfrage von Herrn Klaus Rindschwentner vom 31.05.2010

1. Wie ist der Planungsstand zur Schulsporthalle Mihla?
2. Für welchen Zeitpunkt ist der Baubeginn vorgesehen?

5. Anfrage von Frau Silke Neuber vom 31.05.2010

Der Kreistag hat kürzlich den Beschluss gefasst, der Wartburgkreis möge sein Bestreben, Optionskommune zu werden, deutlich vertreten.

1. Wie ist das bisher geschehen?
2. Wie ist der Stand der Entwicklung bzgl. der Bewerbung anderer Landkreise?
3. Welche weiteren Schritte sind geplant, um dem Ansinnen Nachdruck zu verleihen?

6. Anfrage von Frau Anja Müller und Herrn Reinhardt Böhnhardt vom 02.06.2010

1. Welche Unternehmen sind für die Zustellung der Behördenpost für die Bereiche der kreislichen Behörden zuständig?
2. Wie hoch sind die Löhne in den für die Zustellung von Behördenpost des Kreises beauftragten Unternehmen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zum Post-Mindestlohn und dem Auslaufen des zugrunde liegenden Tarifvertrages Ende April?
3. Stellt der Kreis sicher, dass nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zum Post-Mindestlohn und dem Auslaufen des zugrunde liegenden Tarifvertrages Ende April ein Lohn von mindestens 9,80 Euro pro Stunde gezahlt (West/Ost) wird?
Bitte begründen sie ihr vorgehen.

7. Anfrage von Herrn Falk Hausdörfer vom 02.06.2010

In Presseveröffentlichungen war zuletzt die Rede davon, dass sich in Thüringen 30 Schulen für das Modell der Gemeinschaftsschule beworben haben.

Welche Schulen des Wartburgkreises sind unter den Bewerbern?

8. Anfrage von Frau Christina Michael und Herrn Falk Hausdörfer vom 02.06.2010

Erbringung von sozialen Diensten und Leistungen durch das kreiseigene Klinikum Barl Salzungen

Vor einiger Zeit hat das Klinikum Bad Salzungen in Kaltennordheim einen weiteren MVZ-Standort eröffnet.

Damit setzt das Klinikum seine Strategie, neben der stationären medizinischen Versorgung weitere Leistungen anzubieten fort.

Ich frage den Landrat:

1. Welche medizinischen und sozialen Leistungen erbringt das Klinikum Bad Salzungen gegenwärtig neben der stationären medizinischen Versorgung?
2. Welche weiteren medizinischen und sozialen Leistungen will das Klinikum Bad Salzungen in naher Zukunft zusätzlich zum jetzigen Leistungsangebot erbringen und welche Ziele werden damit verfolgt?
3. Inwieweit sollen zur Erbringung der nachgefragten Leistungen Dritte in die Leistungserbringung einbezogen werden und welche Ziele werden damit verfolgt?
4. Inwieweit haben die nachgefragten geplanten Leistungen des Klinikum Bad Salzungen (Frage 2) Auswirkungen auf die bestehenden Strukturen der medizinischen und sozialen Versorgung im Wartburgkreis? Wie werden sich diese Auswirkungen konkret darstellen?

9. Anfrage von Herrn Danilo Saft vom 02.06.2010 zum Thema Windkraft

Die Europäische Union hat als Zielvorgabe für die CO₂-Reduktion 80% bis 2050 definiert. Die Erneuerbaren Energien sind ein Wachstumsmarkt in Deutschland sowohl auf der Herstellerseite als auch beim regionalen Handwerk. Die Bundesregierung geht in ihrem "Leitszenario 2009" für das Jahr 2030 von etwa 50% Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien aus. Die Landesregierung Thüringens strebt bis 2020 einen Anteil von 35% an der Stromproduktion an. Hierbei spielt die Windkraft eine herausragende Rolle für den nachhaltigen und klimafreundlichen Umbau unserer Energieversorgung.

Als positive Nebeneffekte des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sind die steuerlichen Auswirkungen auf Kommunen und Landkreise (pro installiertem MW Windkraft zwischen 100 T€ und 1 Mio € bei 20 Jahren Laufzeit) sowie Beschäftigungspotenziale zu betrachten.

- I. Betreiber von Windkraftanlagen zahlen für den in das Netz eingespeisten Strom u. a. Gewerbe - und Mehrwertsteuer. Bei Verpachtung von Standorten in Windvorranggebieten werden Pachten von bis zu 30 T€ pro Jahr und Anlage erzielt. Hierdurch ist bei den Kommunen und ggf. beim Kreis mit steigenden Einnahmen aus diesem Bereich zu rechnen. Ich frage daher:
 1. Ist dem Landrat bekannt, wie hoch die Steuereinnahmen bei kreisangehörigen Kommunen bzw. dem Landkreis in den letzten Jahren war?
 2. Welche Einnahmen konnte der Kreis direkt oder indirekt (ggf. plausibel geschätzt) durch Steuern und Abgaben aus Windenergieanlagen erzielen?
 3. Welche Einnahmen sind hieraus analog in den Jahren 2010, 2011 und 2012 (c.p.) zu erwarten?

4. Hält es die Kreisverwaltung für erforderlich, den kreisangehörigen Kommunen Informationen über die positiven steuerlichen Effekte durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu geben?

II. Im Regionalen Raumordnungsplan werden Windvorranggebiete definiert. Ist dem Landrat bekannt, ob es in der aktuellen Fassung des RROP zu negativen Veränderungen auf dem Gebiet des Wartburgkreises gekommen ist. Wenn ja, welche Maßnahmen will der Landrat dagegen unternehmen?

Durch das sogenannte Repowering (Ersatz einer alten Windenergieanlage durch eine größere Neuanlage am gleichen Standort) könnte auf den jetzigen Standorten mit deutlich stärkeren Leistungen sowie deutlich höheren Steuereinnahmen gerechnet werden. Ich frage daher auf Basis der Angaben von Frage I. 1:

Welche Einnahmen wären bis zum Jahr 2020 in etwa insgesamt für den Wartburgkreis zu erwarten, wenn auf den bisher bestehenden Flächen im kommenden Jahr ein Repowering mit einer Gesamteinspeiseleistungssteigerung um ca. 300% durchgeführt werden könnte?

III. Es stehen Unternehmen bereit, die im Wartburgkreis in Windkraftanlagen investieren wollen. So sollen u. a. Anlagen bei Beuernfeld und Großenlupnitz entstehen.

1. Gibt es Gründe den derzeit dort beantragten Anlagen keine Genehmigung zu erteilen? Wenn, ja welche?
2. Der Presse war zu entnehmen, dass der Landrat dem Flugbetrieb von Privat- und Hobbyfliegern eine höhere Priorität als dem Ausbau der Windkraft an diesem Standort einräumt.

Stimmt der Landrat zu, dass dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in diesem Fall eine wesentlich höhere Priorität zukommt?

Wie erklären Sie sich in diesem Zusammenhang die Aussagen von Piloten und Flughafenbetreibern des Verkehrslandeplatzes Eisenach-Kindel, wonach Piloten keine Probleme mit Windkraftanlagen im weiteren Umfeld der Start- und Landebahn haben?

IV. Besitzt der Landkreis Grundeigentum in Windvorranggebieten? Wenn ja, ist an eine Verpachtung dieser Flächen gedacht?

Aufgrund der oben beschriebenen wirtschaftlichen Aspekte: Sieht der Landrat Chancen, Windvorranggebiete in nächster Zeit moderat zu erweitern und perspektivisch neu auszuweisen?

10. Anfrage von Herrn Danilo Saft vom 02.06.2010

1. Zu welchen Zeitpunkten wurde bei welchen Gesellschaften des Kreises vom Grundsatz abgewichen, dieselben externen Unternehmen zum Zwecke einer Wirtschaftsprüfung nicht länger als drei aufeinanderfolgende Jahre zu beauftragen? Wer war zu diesem Zeitpunkt in den Organen der Gesellschaften verantwortlich (Geschäftsführer, Aufsichtsrat)?

2. Wurden in der Vergangenheit die Investitionen der Personennahverkehrsgesellschaft Wartburgkreis (PNG), insbesondere die Verkehrshöfe/Busbahnhof Bad Salzungen, geprüft? Wann und durch wen fanden diese Prüfungen statt. Welche Ergebnisse liegen vor?

11. Anfrage von Herrn Danilo Saft vom 02.06.2010

Welche Flächen der Liegenschaften des Kreises hält die Verwaltung für theoretisch geeignet, um sie für Graffiti-Kunst offiziell freizugeben?

12. Anfrage von Herrn Danilo Saft vom 02.06.2010

1. Welche Gelder, aufgeschlüsselt nach Jahren, sind seit 1990 in die Sanierung von Kreisstraßen und den Erhalt des Kraftfahrzeugverkehrs geflossen? Ist dieser Entwicklung ein Trend zu entnehmen? (Einfache lineare Regressionsanalyse ausreichend, sofern überhaupt notwendig.)
2. Um wie viele Kilometer ist der Gesamtstreckenumfang von Kreisstraßen in diesem Zeitraum angewachsen oder abgefallen?
3. Ist das Verkehrsaufkommen auf Kreisstraßen seit 1990 angewachsen oder abgefallen?

13. Anfrage von Herrn Danilo Saft vom 02.06.2010

Bezug nehmend auf eine Pressemitteilung des Landratsamtes anlässlich des Tages der Erneuerbaren Energien 2010 frage ich Sie:

1. Auf Basis welcher Rechtsgrundlage führt die Pressestelle des Landratsamtes Pressearbeit für einen Bundestagsabgeordneten durch?
2. Ist dem Landratsamt bekannt, ob MdB Christian Hirte über eine eigene Pressestelle verfügt?
3. Wie oft wurden in der Vergangenheit Mandats- oder Amtsträger aus der CDU in Mitteilungen des Landratsamtes erwähnt?
4. Wie oft wurden analog Mandats- oder Amtsträger anderer Parteien erwähnt?

14. Anfrage von Frau Carolin Kost vom 02.06.2010

Welche Möglichkeiten gibt es, um berufene BürgerInnen wieder abuberufen bzw. von ihrem Amt zu entlassen?